

PAKISTAN

Auf gute Nachbarschaft

Peer Bruch

Bereits vor Beginn gescheitert – so könnte das Resümee der am Montag beginnenden Afghanistan-Konferenz lauten. Denn die Zukunft Afghanistans hängt auch von der politischen Situation in den Nachbarstaaten ab. Nach einem neuerlichen Militärschlag auf seinem Territorium hat mit Pakistan nun jedoch das Land seine Teilnahme abgesagt, das bei der erhofften Stabilisierung der Region die wichtigste Rolle spielt.

Lange Zeit galt Pakistan als der bedeutendste Verbündete der USA in der Region, doch das Verhältnis zwischen beiden Ländern hat sich in den vergangenen Monaten deutlich verschlechtert. Vor allem die US-Drohnenangriffe auf pakistanischem Gebiet, die unter der Regierung von Barack Obama immer häufiger wurden, und die Tötung Osama bin Ladens wurden in der Öffentlichkeit des Landes als Eingriff in die nationale Souveränität bewertet. Mit dem Angriff von US-amerikanischen Kampfhubschraubern auf zwei pakistanische Militärposten im Grenzdistrikt Mohmand am vergangenen Wochenende hat die Krise offenbar ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Es war nicht der erste Zwischenfall dieser Art, aber der bislang blutigste: Beim Bombardement starben mindestens

24 pakistanische Soldaten. Am Wochenende gab es Proteste im ganzen Land, die pakistanische Regierung verurteilte den Angriff, kündigte an, die Zusammenarbeit mit der Nato und den USA zu überprüfen und sperrte die Grenzübergänge für Nachschublieferungen für die Nato-Truppen nach Afghanistan. Am Dienstag gab die Regierung bekannt, Pakistan werde an der internationalen Afghanistan-Konferenz in Bonn nicht teilnehmen.

Über den Hergang des Vorfalls kursieren zwei Versionen: Die pakistanische Armeeführung behauptet, die Soldaten seien im Schlaf überrascht worden und hätten sich nur gewehrt. Afghanische und US-Militärs beharren hingegen darauf, sie seien zuvor von pakistanischem Territorium aus angegriffen worden und hätten deshalb Luftunterstützung angefordert.

Pakistan ist längst zu einem Nebenschauplatz des Krieges geworden. Der afghanische Präsident Hamid Karzai bezeichnet Pakistan gerne als „Zwillingsbruderstaat“, allerdings sind die politischen Verhältnisse zwischen den beiden Ländern in vielerlei Hinsicht schwierig. Teile des pakistanischen Militärs und des militärischen Geheimdienstes Inter-Services Intelligence (ISI) stehen im Verdacht, die afghanischen Jihadisten der Organisation Quetta Shura um den Taliban-Führer Mullah Omar sowie das

terroristische Haqqani-Netzwerk zu unterstützen. Dieses soll in den vergangenen Monaten verschiedene Anschläge verübt haben, beispielsweise auf das Kabuler Hotel Intercontinental im Juni und auf das Nato-Hauptquartier und die US-Botschaft im September. Auch das Selbstmordattentat auf den ehemaligen afghanischen Präsidenten Burhanuddin Rabbani am 20. September soll laut afghanischen Sicherheitsbehörden vom Haqqani-Netzwerk ausgeführt und vom ISI koordiniert worden sein.

Der Annäherung der USA an Indien steht die pakistanische Regierung misstrauisch gegenüber.

Obwohl sich die Beziehungen zwischen den USA und Pakistan derzeit an einem Tiefpunkt befinden, löst der Abzug der ausländischen Militärkontingente im pakistanischen Establishment die Angst vor einem Verlust an politischer Bedeutung in der Region aus. Schließlich hat sich das Bündnis mit den USA in den vergangenen Jahren für die militärische und politische Elite des Landes finanziell gelohnt.

Der Annäherung der USA an Indien steht die pakistanische Regierung daher misstrauisch gegenüber. Indien

wird immer stärker als regionale Supermacht und strategischer Partner gehandelt. Nun könnten sich für Pakistan die Versäumnisse und Winkelzüge der vergangenen Jahre rächen, wie das bis heute ungeklärte Untertauchen bin Ladens bis zu seiner Tötung.

Gerade Indien, der verfeindete „Bruderstaat“, gegen den Pakistan seit der gemeinsamen Unabhängigkeit im Jahr 1947 vier Kriege geführt hat und dem es im geteilten Kaschmir waffenstarr gegenübersteht, stellt für pakistanische Militärstrategen auch in Bezug auf Afghanistan die größte Bedrohung dar. Die Beziehungen zwischen Indien und Afghanistan sind traditionell gut. Die beiden Länder haben schließlich keine gemeinsame Grenze, während die umstrittene, von Afghanistan nicht anerkannte Durand-Linie an der Grenze zu Pakistan immer wieder zu Auseinandersetzungen führt. Die pakistanische Regierung unterstützte die Taliban in den Neunzigerjahren, um sich strategischen Einfluss in Afghanistan zu sichern. Indien unterstützte dagegen die Nordalians. Hamid Karzai studierte in Indien, wie viele Afghanen es heutzutage auch tun. Der indische Geheimdienst Research and Analysis Wing soll über ein gut funktionierendes Netzwerk in Afghanistan verfügen und mit seinem afghanischen Gegenpart kooperieren, dem von ehemaligen Kämpfern der



FOTO: INTERNET

Nicht erst seit dem jüngsten Nato-Angriff in der Kritik: Militärschläge im Zuge des „war on terror“ auf pakistanischem Gebiet. Unser Foto zeigt eine Demonstration von Mitgliedern der Partei Tehreek-e-Insaf (PTI) Mitte Mai in Peshawar, wenige Tage nachdem Osama bin Laden in Abbottabad, Pakistan, von einem US-Spezialkommando getötet worden war.

Nordallianz geführten Nationalen Sicherheitsdirektorat.

Neben der indischen Botschaft in Kabul, die bereits zweimal das Ziel von Terrorangriffen war, unterhält Indien Konsulate in Herat, Mazar-i-Sharif, Jalalabad und Kandahar. Indien ist mit bislang rund drei Milliarden US-Dollar der größte Entwicklungshilfegeber in der Region. Mehr als 4.000 Inder arbeiten in Afghanistan am Aufbau der Telekommunikation, der Energieversorgung und des Gesundheitssystems. Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur beteiligt sich die dem indischen Verteidigungsministerium unterstellte Border Roads Organisation am Wiederaufbau. Indien stellt keine Truppen für den internationalen Militäreinsatz, doch sind indische Armeeangehörige und Paramilitärs am Aufbau der afghanischen Armee und der Grenzpolizei beteiligt.

Auch Investoren aus Indien spielen eine wichtige Rolle in Afghanistan. Derzeit bewerben sich mehrere

indische Konsortien um die Eisenerzvorkommen in der zentralafghanischen Provinz Bamiyan, die insgesamt auf einen Wert von mehr als einer Billion Euro geschätzt werden. Die Investitionen dürften damit selbst die von chinesischen Unternehmen übersteigen, die sich 2007 für drei Milliarden US-Dollar die Schürfrechte für das Kupfervorkommen in Aynak in der Provinz Logar sicherten. Während Aynak über den Khyber-Pass mit dem pakistanischen Eisenbahnnetz und so mit dem pakistanischen Hochseehafen Gwadar verbunden werden soll - der wiederum mit chinesischer Hilfe ausgebaut wird -, wollen die indischen Investoren eine konkurrierende Eisenbahnverbindung zur iranischen Hafenstadt Cahbahar errichten, wodurch Afghanistan erstmalig einen direkten Zugang zu einem Hafen außerhalb Pakistans erhalten würde.

Obwohl dem Iran bei der regionalen Einbindung bisher wegen

des US-amerikanischen Drucks nur eine Nebenrolle zukam, gelang es dem Mullah-Regime, sich durch die Kooperation mit indischen und türkischen Partnern seine Anteile im „New Great Game“ zu sichern. Dabei werden die postsowjetischen Republiken Zentralasiens umworben und es gibt bereits zahlreiche Projekte mit chinesischer, indischer, iranischer, pakistanischer und türkischer Beteiligung. So bilden sich neue Allianzen in der Region: Während sich die pakistanisch-amerikanischen Beziehungen verschlechtern, bringt sich Indien als neuer strategischer Partner für die USA in Stellung und setzt zugleich auf partielle Zweckbündnisse mit dem Iran.

Auf der anderen Seite wird die jüngst erneut bekräftigte „ewige Allwetter-Freundschaft“ zwischen Pakistan und der Volksrepublik China immer enger, wie die Reaktion des chinesischen Außenministers Yang Jiechi auf den US-Angriff vom Wo-

chenende zeigte. Er sprach von einer Verletzung der „Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität“ Pakistans.

Peer Bruch ist Politologe und unter anderem als Redakteur für das Internetportal Suedasien.Info tätig.

Nächste Woche:

Auf dem Klimagipfel

Wir unterhalten uns mit Smita Nakhoda, einer Mitarbeiterin des Overseas Development Institute, die als Beobachterin am Klimagipfel in Durban teilnimmt.



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: GréngeSpoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: woxx soc. coop. • Redaktion und Layout: Luc Caregari (luc.caregari@woxx.lu), Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Susanne Hangarter (susanne.hangarter@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), David Wagner (david.wagner@woxx.lu), Christiane Walerich (christiane.walerich@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel und Grafiken geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Karikaturen: Guy W. Stoos • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Martine Vanderbosse (admin@woxx.lu) • Bürozeiten: Mo. - Fr. 9 - 13 Uhr • Druck: c. a. press, Esch • Einzelpreis: 1,90 € • Abonnements: 52 Nummern kosten 80 € (Ausland zzgl. 28 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 35 € • Konto: CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk „Neu-Abo“; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Tel. 29 79 99-10; annonces@woxx.lu; Espace Régie, Tel. 44 44 33-1; Fax: 44 44 33-555 • Recherchefonds: Spenden für den weiteren Ausbau des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der „Solidaritéit mam GréngeSpoun asbl“ sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto • Post-Anschrift: woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-Mail: woxx@woxx.lu • URL: www.woxx.lu • Tel. (00352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79